



Nach der Flut

Hochwasser hat tausendfaches Leid und enorme Schäden verursacht. Nun geht es darum, wie man sich vor künftigen Fluten **schützen und versichern** kann VON MATHIAS V. HOFEN

Die Wassermassen kamen über Nacht und brachten zehnfachen Tod und Schäden in Milliardenhöhe. Nun, da das Wasser abgeflossen ist, geht es auch um die Frage, wie man die finanziellen Schäden beheben und sich für künftige Hochwasser rüsten kann. Versicherer weisen schon seit Jahren darauf hin, dass Starkregen

und Gewitter immer häufiger und schwerer werden. Derzeit geht der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) davon aus, dass seine Mitglieder für Schäden in Höhe von 4,5 bis 5,5 Milliarden Euro aufkommen müssen. Zugleich betonten die Versicherer, dass sich Hausbesitzer auf diese Gefahren einstellen müssen. Hausrat- und besonders

die Wohngebäudeversicherung sollten um eine Elementarschadenversicherung ergänzt werden. Denn Hilfen vom Staat werden zwar auch diesmal kommen, aber es ist kein Gesetz, dass der Bund oder die Länder immer die Kasse öffnen.

Nach der Flutkatastrophe 2017 hatten Bundesländer wie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen angekündigt,



Katastrophengebiet: Wassermassen haben in einigen Tälern im Norden von Rheinland-Pfalz Dörfer in Ruinenlandschaften verwandelt

dass sie in Zukunft Unversicherten nur noch in Ausnahmefällen Hilfe gewähren würden. Aktuell ist davon aber nicht mehr die Rede, was neben dem Ausmaß der Katastrophe sicher auch mit der bevorstehenden Bundestagswahl zu tun hat. Kein Politiker will jetzt als Sparkommisсар erscheinen, dessen Taschen zugeknöpft sind.

BILD: UNKEL/JULSTEIN BILD

Doch die jüngste Katastrophe hat das Thema Hochwasser wieder auf die Tagesordnung gebracht und so auch die Frage, ob eine Versicherungspflicht für Elementarschäden zumindest hilft, die finanziellen Folgen kleiner zu halten. Die Debatte ist vielschichtig. Es gibt Stimmen, die mahnen, dass eine solche Versicherungspflicht gegen die Grundrechte Einzelner verstoße. Die Justizminister der Bundesländer waren bei einem Treffen vor acht Jahren noch mehrheitlich gegen eine Pflichtversicherung.

Die deutsche Politik sollte die Diskussion um eine Versicherungspflicht diesmal nicht schon wieder aussitzen. Zu schwerwiegend sind die Folgen der Hochwasser 2021. Jedoch gibt es ein grundsätzliches Problem bei der Versicherung gegen Elementarschäden: Es existieren in der Elementarschadenversicherung verschiedene Risikoklassen, die nach Wohnort gestaffelt sind. Relativ günstig ist sie in Regionen mit niedrigen Risiken. In Gebieten, in denen die Risiken groß sind, etwa in der Nähe eines Flusses, sind die Policen sehr teuer, manchmal ist sogar überhaupt kein Vertrag möglich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kritisierte bereits 2013: „Weil die Versicherung für hochgefährdete Gebäude oft erst gar nicht zu bekommen ist, entfällt in den höchst gefährdeten Regionen auch der durch Selbstbehalte ausgelöste Anreiz, in die Schadensprävention zu investieren.“

Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, fordert eine Allgefahrenabdeckung: „Damit hätten Verbraucher das Recht, dass ihre Häuser gegen alle Risiken abgesichert wären. Sie können aber auch einzelne Risiken abwählen.“ Wenn so nicht innerhalb von zwei Jahren eine breite Abdeckung erreicht würde, wäre aber eine Pflichtversicherung notwendig.

Nur knapp die Hälfte ist versichert.

Bisher ist die Abdeckung mit Elementarschadenversicherungen noch lückenhaft: In ganz Deutschland sind lediglich 46 Prozent der Privathäuser gegen

Naturgefahren versichert. Am höchsten ist die Quote in Baden-Württemberg mit 94 Prozent, wo es bis in die 90er-Jahre eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden gab. In den besonders betroffenen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz liegen die Werte dagegen nur bei 45 und 37 Prozent.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann will sich bei der Ministerpräsidentenkonferenz im Herbst für eine Pflichtversicherung einsetzen. Diese Forderung wird auch von den Justizministern von NRW und Sachsen-Anhalt, Peter Biesenbach und Rainer Robra, unterstützt.

Pflicht für die Versicherer. Andere europäische Länder sind da schon weiter. In Belgien, das ebenfalls vom Hochwasser im Juli 2021 stark getroffen war, wird jede Feuerversicherung obligatorisch um eine Versicherung gegen Elementarschäden ergänzt. Zusätzlich gibt es Leistungen aus einem staatlichen Katastrophenfonds, wenn Haftungsobergrenzen der Versicherer überschritten werden. Und in Frankreich müssen Versicherungsunternehmen ihre Kunden im Rahmen einer Wohngebäude-, Hausrat- oder Kfz-Versicherung auch gegen Elementarschäden versichern.

Hierzulande lehnt der GDV eine Pflichtversicherung ab. „Eine solche Pflicht nimmt Hausbesitzern und Unternehmen den Anreiz, gegen Flut- und andere Extremwetterrisiken vorzusorgen. Das könnte dazu führen, dass entweder für die Versicherungsnehmer die Prämien unbezahlbar hoch oder am Ende die Risiken für die Versicherer untragbar groß werden“, sagt Oliver Hauner, Leiter Sachversicherungen beim GDV, im Gespräch mit *€uro*. Eine Pflichtversicherung könne am Ende nicht die Kosten schultern, die dadurch entstehen, dass sich die Gesellschaft nicht um die Folgen des Klimawandels schere.

Rückversicherer sind von den umfangreichen Schäden in den Hochwassergebieten stark betroffen. Stefan Straub vom größten deutschen An- →

bieter Munich Re sagt, dass „noch keine genauen Schadensschätzungen“ durch das Unternehmen vorlägen. Natürlich haben die Rückversicherer ein großes Interesse an der Vorsorge gegen Schäden durch Unwetter. Torsten Jeworrek, Vorstandsmitglied von Munich Re, setzt darauf, dass in Zukunft von Staat und Bürgern in höherem Maße vorgesorgt werde. „Bei besserer Vorsorge lassen sich auch Gebäude in Hochrisikogebieten bezahlbar versichern.“

Joachim Wenning, Vorstandschef von Munich Re, ist offen für die Pflichtversicherung von Elementarschäden, sieht aber zunächst die Politik in der Pflicht: „Wenn der Staat meint, jetzt ist es Zeit, stehen wir bereit.“ Dass Wenning einer Pflichtversicherung vergleichsweise offen gegenübersteht, liegt wohl daran, dass die Rückversicherer oft noch stärker von Unwetterkatastrophen betroffen sind als die Erstversicherer.

Beliebtes Bauland. In den kommenden Jahren dürfte es eine verstärkte Diskussion um Bauland in Hochwassergebieten sowie über Hochwasserpolder und Dämme geben. So gibt es etwa in Bayern Widerstand gegen geplante Flutpolder längs der Donau. Die geplanten Abflussgebiete werden vor allem in Passau begrüßt, wo man sich mehr Schutz gegen die Hochwasser verspricht, die Passau fast jedes Jahr fluten. Weiter oberhalb des Donaulaufs, in Schwaben und bei Regensburg, wollen Gemeinden und Privatleute gegen die dort geplanten Polder vor Gericht ziehen. Sie wollen die Flächen als Bauland nutzen. Leider ist es immer noch attraktiv, in der Nähe von Flüssen und Bächen zu bauen. Das bayerische Umweltministerium warnte bereits im Jahr 2016, dass in Talauen trotz der immer wiederkehrenden Hochwassergefahr die bevorzugten Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen liegen.

Auch die Versicherungswirtschaft empfindet den Schutz vor Unwettergefahren als unzureichend. „Es mangelt in Deutschland angesichts des Klimawandels vielerorts an einem verantwor-



Doch versicherbar? Versicherer arbeiten bereits an Lösungen, bei denen etwa Häuser ab dem ersten Stock versicherbar sind

tungsvollen Umgang mit Naturgefahren. Es wird immer noch in überschwemmungsgefährdeten Gebieten gebaut, Flächen werden ungehindert versiegelt“, sagt GDV-Experte Oliver Hauner. Prävention sei vielerorts noch ein Fremdwort.

Allerdings haben die Kommunen häufig ein starkes Interesse, zusätzliche Baugebiete auszuweisen, um weiter wachsen zu können. Da die Verantwortlichen vor Ort oft die kurzfristigen Interessen der Kommune höher werten als Hochwasser- und Umweltschutz, liegt es wohl am Bund, durch ein Gesetz einzugreifen.

Die Preisfrage. Ob Elementarschadenpolicen, Pflicht hin oder her, teurer werden, dazu hält sich die Versicherungswirtschaft noch bedeckt. Der GDV weist jedoch darauf hin, dass über 100 Versicherer in Deutschland eine Elementarschadenversicherung anbieten und es viel Auswahl für die Verbraucher gibt. Laut Stiftung Warentest kostet die Absicherung gegen Elementarschäden im Schnitt knapp 100 Euro pro Jahr in der Gefahrenzone 1, in der über 90 Prozent der Häuser in Deutschland liegen. Inwiefern die Prämien nach dieser Flut steigen, hängt auch von der jeweiligen Schadenbilanz der einzelnen Versicherer ab, die regional oft unterschiedlich stark aufgestellt sind. Die starke Konkurrenz auf dem Markt dürfte sich jedoch auf die Preisgestaltung mäßigend auswirken.

GDV-Fachmann Hauner plädiert für innovative Lösungen, um den Versicherungsschutz auch in hochwassergefährdeten Gebieten bezahlbar zu machen. Soweit bei einzelnen Objekten die Schadengefahr vergleichsweise hoch ist, sollte man zusammen mit seinem Versicherer eine individuelle Versicherungslösung ausarbeiten. Beispielsweise könne durch einen Selbstbehalt die Prämie teils erheblich gesenkt werden. „Von Flussläufen kennen wir auch Lösungen, in denen das Erdgeschoss, das regelmäßig überflutet wird, nicht versichert ist, und der Schutz mit dem ersten Obergeschoss beginnt“, so Hauner.

Für einen Teil der Hausbesitzer ist es leicht machbar, das Erdgeschoss kaum oder kostengünstig zu möblieren. Aber gerade für Eigentümer von eher kleineren Häusern oder Wohnungen dürfte dies schwer sein. Letztlich werden Bund, Länder und Kommunen nicht umhinkommen, mehr in den Hochwasserschutz zu investieren und verstärkt natürliche Überflutungsflächen und Polder auszuweisen. Und damit muss unbedingt eine flächendeckende Absicherung von Elementargefahren einhergehen. Ob Appelle an die Vernunft der Hausbesitzer hier reichen, ist offen. Die Diskussion über eine Versicherungspflicht wird nach Ansicht von Beobachtern wohl erst nach der Bundestagswahl so richtig an Fahrt aufnehmen.



BILD: RHEIN-ERT-KRES/REUTERS